Tijen Ataoğlu, LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages
Recht gut informiert
Newsletter Ihrer Bundestagsabgeordneten
Nr. 17

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie heute diesen Newsletter lesen, dann wissen Sie, dass schon wieder eine Sitzungswoche des Deutschen Bundestages beendet ist.

Für mich war es eine Woche, die voll und ganz im Zeichen der Innen- und Rechtspolitik stand. Anhörung zum neuen Bundespolizeigesetz, Diskussion zum Ladendiebstahl, Austausch mit Vertretern des Internationalen Strafgerichtshofs, Gespräch mit dem Gerichtsvollzieherbund und Rede im Plenum zum § 188 Strafgesetzbuch: das alles hat mir große Freude gemacht. Dazu werden Sie gleich mehr erfahren.

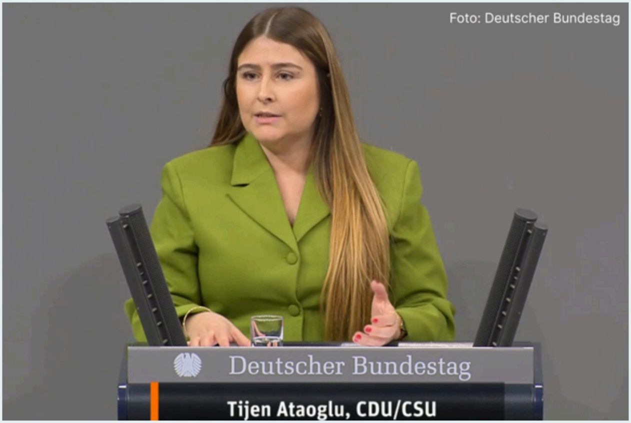
Im Zentrum der Plenarwoche stand die Regierungserklärung unseres Bundeskanzlers Friedrich Merz zur außenpolitischen Lage. Es wurde einmal mehr klar, dass Friedrich Merz Deutschland und Europa mit Ruhe und Klarheit durch diese unruhigen Zeiten führt. Einerseits bleiben die USA unser wichtigster Verbündeter. Andererseits müssen wir selbst in vielen Bereichen unabhängiger werden. So beunruhigend die internationale Lage ist, bin ich gleichwohl zuversichtlich, dass Deutschland und Europa zum langfristigen Frieden auf unserer Welt beitragen können.

Weiter ging es in dieser Woche auch mit dem dringend benötigten Bürokratierückbau - mit mehreren Gesetzen bauen wir weitere Hürden ab und schaffen mehr Freiräume für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Weniger Berichtspflichten, weniger Meldepflichten, effektivere Verfahren, mehr digitale Kommunikation zwischen Behörden und klare, vereinheitlichte Vorgaben sind der

Schlüssel für die Modernisierung unseres Landes.

Ich hoffe, Sie haben viel Freude bei der Lektüre meines Newsletters.

Ihre Tijen Ataoğlu



Meine Rede zur Debatte um den § 188 Strafgesetzbuch

Am Donnerstag durfte ich meine erste Rede in diesem Jahr halten. Thema war ein Gesetzentwurf zur Abschaffung des § 188 Strafgesetzbuch in zweiter und dritter Lesung. Eingebracht hatte den Gesetzentwurf die AfD und zwar – wie gewohnt – in populistisch unterkomplexer Art und Weise, die allein auf Populismus und Spaltung ausgerichtet war. So verlief auch die hitzige Debatte am Donnerstagabend. Deshalb war es mir ein Anliegen, den Sachverhalt in meiner Rede juristisch darzulegen.

§ 188 StGB regelt u.a. Beleidigungen gegen Personen des politischen Lebens. Er wurde in dieser Form nach der niederträchtigen Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke eingeführt, der vor seinem Tod Hass und Hetze im Internet erleben musste und die nach seinem Tod nicht aufhörten. Auf Worte folgen Taten.

Es ist richtig, dass der Gesetzgeber seinerzeit darauf reagiert hat. Denn das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Deshalb haben wir den Gesetzentwurf abgelehnt.

Hier finden Sie das Video zu meiner Rede:
dbtg.tv/cvid/7648493

Foto: Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Sachverständigenanhörung zum neuen Bundespolizeigesetz

Vor ein paar Wochen hat Bundesinnenminister Alexander Dobrindt einen Gesetzentwurf für ein neues Bundespolizeigesetz in das Parlament eingebracht. Am Montag haben wir im Innenausschuss nun eine Sachverständigenanhörung zu dem Gesetz durchgeführt, um nach Austausch mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis das Gesetz zu finalisieren.

Das aktuelle Polizeigesetz ist in weiten Teilen 30 Jahre alt. Gewisse Bedrohungen oder Gefahrenlagen lassen sich mit einem solch überalterten Gesetz nicht ausreichend bekämpfen. Das neue Gesetz soll gewährleisten, dass die Bundespolizei eine zeitgemäße Rechtsgrundlage zur Aufgabenerfüllung an die Hand bekommt. Eine, mit der sie zum Beispiel neue Ermittlungs- und Überwachungsbefugnisse erhält, selbst Abschiebehaft beim Gericht beantragen kann, verdachtsunabhängige Kontrollen an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen durchführen darf oder auch Drohnen abwehren kann.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen wir uns für eine starke und moderne Bundespolizei ein. Denn die Polizistinnen und Polizisten sind es, die tagtäglich unter Einsatz ihres Lebens für unsere und die Sicherheit unseres Landes sorgen. Auf dem Foto sehen Sie übrigens meine beiden Fraktionskollegen Florian Oest MdB und Sebastian Schmidt MdB, die beide ordentliche Mitglieder des Innenausschusses sind.

Foto: Deutscher Bundestag

Vertreter des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zu Gast im Deutschen Bundestag

Als Richterin war es mir am Montag eine große Ehre, den Kanzler des Internationalen Strafgerichtshofs Osvaldo Zavala Giler und den Berater der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs Xabier Agirre Aranburu kennenlernen zu dürfen. Bei einer nicht-öffentlichen Sitzung des Unterausschusses Vereinte Nationen konnten wir uns zu aktuellen Themen zur internationalen Strafgerichtsbarkeit austauschen.

Dem IStGH kommt ein herausragende Rolle zu. Er ist ein unabhängiges, ständiges Organ zur Verfolgung schwerster Verbrechen wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und das Verbrechen der Aggression. Gerade in weltpolitisch herausfordernden Zeiten ist der IStGH von immenser Bedeutung. Bedauerlich ist, dass wichtige Staaten wie die USA, Russland, China, Israel und Indien keine Vertragsstaaten des Römischen Statuts sind, das die Grundlage der Arbeit des IStGH ist.

Es muss zu jeder Zeit gewährleistet sein, dass die Arbeit von Gerichten und Staatsanwalltschaften, ob im Inland oder auf internationaler Ebene, unabhängig und ohne politische Einflussnahme erfolgen kann.

Foto: Handelsverband Deutschland

Wichtiger Austausch zum wachsenden Problemfeld des Ladendiebstahls

Am Dienstag habe ich an einem Austausch des Handelsverbands Deutschland e.V. (HDE) zum Thema Ladendiebstahl teilgenommen. Neben dem Einzelhandel und der Politik waren auch Vertreter von Justiz und Polizei anwesend.

Ladendiebstahl ist kein kleines Kavaliersdelikt. Sie schädigen unsere Einzelhändler und unsere Wirtschaft erheblich. Insgesamt liegt der durch Ladendiebstähle verursachte Schaden in Deutschland derzeit bei knapp 3 Mrd. Euro pro Jahr. Neben Einzeltätern ist das Deliktfeld auch ein Betätigungsfeld für die Organisierte Kriminalität. Für konsequente und schnelle Verfolgung von Ladendiebstählen braucht es den Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Polizei, Justiz und Politik.

Aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, unsere Justiz personell zu stärken. Nur wenn wir genügend Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben, die Ladendiebstähle konsequent verfolgen können, werden wir Täter zukünftig Täter abschrecken können. Insbesondere zur Aufklärung von Strukturen der organisierten Kriminalität brauchen wir mehr personelle Kapazitäten und eine bessere behördenübergreifende Zusammenarbeit.

Meine Homepage

Impressum:
Nr. 17 | 30. Januar 2026
Herausgeber:
Bundestagsbüro Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 / 227-70928
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Webview | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı